

STRAFRECHT

ALLGEMEINER TEIL

BAND II

BESONDERE
ERSCHEINUNGSFORMEN
DER STRAFTAT

VON

DR. DR. H. C. MULT. CLAUDIUS ROXIN

EM. o. PROFESSOR
AN DER UNIVERSITÄT MÜNCHEN



VERLAG C. H. BECK
MÜNCHEN 2003

Inhaltsverzeichnis

[Rn] [Seite]
XXV

Abkürzungsverzeichnis

8. Abschnitt – Täterschaft und Teilnahme

§ 25. Täterschaft		1
A. Die Dreiteilung der Beteiligungsformen	1	5
B. Grundsätzliches zur Abgrenzung von Täterschaft und Teilnahme	10	9
I. Der Täter als Zentralgestalt des Handlungsgeschehens	10	9
II. Tatherrschaftslehre und subjektive Theorie in der Gemengelage	17	10
III. Die subjektive Theorie in ihrer ursprünglichen Gestalt	18	11
IV. Die „normative Kombinationstheorie“ der heutigen Rspr.	22	13
V. Die Tatherrschaft als alleiniges Täterschaftsmerkmal bei Allgemein- delikten	27	14
VI. Andere Abgrenzungstheorien	33	17
1. Die subjektive Theorie in der Literatur	33	17
2. Die Ganzheitstheorie	34	17
3. Die Differenzierung nach der Dringlichkeit der Verhaltensnorm ..	35	18
4. Andere Neukonzeptionen	37	19
C. Herrschaftsdelikte	38	19
I. Die unmittelbare Täterschaft als Handlungsherrschaft	38	19
II. Die mittelbare Täterschaft als Willensherrschaft	45	22
1. Die Willensherrschaft kraft Nötigung	47	23
2. Die Willensherrschaft kraft Irrtums	61	29
a) Der Ausführende handelt ohne Vorsatz	63	29
b) Der Ausführende handelt im Verbotsirrtum	76	34
c) Der Ausführende irrt über die Voraussetzungen des entschuldigen- den Notstandes	91	40
d) Der Ausführende handelt volldeliktisch	94	41
aa) Die Täuschung über die Unrechtshöhe	96	42
bb) Die Täuschung über qualifikationsbegründende Umstände ..	99	43
cc) Die Täuschung über die Identität des Opfers	102	45
3. Die Willensherrschaft kraft organisatorischer Machtapparate	105	46
a) Der Grundgedanke der Konzeption	105	46
b) Die Rezeption dieser Lehre in Wissenschaft und Recht- sprechung, im Ausland und im Völkerstrafrecht	108	47
c) Einwände gegen die Organisationsherrschaft	113	49
d) Die Annahme einer Mittäterschaft	120	52
e) Die Annahme einer Anstiftung	125	54
f) Die Ausdehnung der Organisationsherrschaft auf wirtschaft- liche Unternehmungen	129	55
4. Die Willensherrschaft bei Schuldunfähigen und vermindert Schuldfähigen	139	58
a) Der schuldunfähige Tatmittler	139	58
b) Der erheblich vermindert schuldfähige Tatmittler	149	62

Inhalt

	[Rn]	[Seite]
5. Willensherrschaft bei absichtslosem dolosem Werkzeug?	153	64
6. Der Irrtum über Täter Voraussetzungen bei mittelbarer Täterschaft		66
a) Die fehlende Kenntnis tatherrschaftsbegründender Umstände .	158	66
b) Die irrtümliche Annahme tatherrschaftsbegründender Umstände	163	68
7. Exzeß und Objektverwechslung bei Tatmittlern	168	70
8. Abweichende Konzeptionen	172	71
a) Stein	173	71
b) M.-K. Meyer	174	72
c) Renzikowski	175	72
d) Köhler	178	73
e) Schumann	182	75
f) Heinrich	183	75
g) Schild	186	76
III. Die Mittäterschaft als funktionelle Tatherrschaft	188	77
1. Die Struktur der Mittäterschaft	188	77
2. Der gemeinsame Tatplan	190	78
3. Die gemeinsame Ausführung	198	81
a) Die Mitwirkung im Ausführungsstadium	198	81
b) Die Erheblichkeit des Tatbeitrages im Ausführungsstadium	211	87
4. Die sukzessive Mittäterschaft	219	90
5. Sonstige Sonderformen der Mittäterschaft	229	93
a) Die additive Mittäterschaft	229	93
b) Die alternative Mittäterschaft	231	94
c) Besondere Tätermerkmale als Voraussetzung der Mittäterschaft	234	94
d) Die teilweise Mittäterschaft	235	95
e) Mittäterschaft bei Schuldlosigkeit eines Beteiligten	237	95
f) Mittäterschaftliche Teilnahme	238	95
g) Fahrlässige Mittäterschaft	239	96
6. Abweichende Konzeptionen	243	98
a) Ableitungen aus der subjektiven Teilnahmetheorie	243	98
b) Steins Lehre von der Abstufung der Verhaltensnormen	246	99
c) Die Gestaltungsherrschaft bei Jakobs und Derksen	249	100
d) Die Mittäterschaft als „positive Tatherrschaft“ bei Diaz y Garcia	252	101
e) Die Mittäterschaft als gegenseitige Anstiftung bei Puppe	258	103
f) Die Mittäterschaft als Problem des Besonderen Teils bei Freund	259	103
g) Die Mittäterschaft als „Entscheidungsverbund“ bei Heinrich	263	104
7. Nebentäterschaft	265	105
D. Pflichtdelikte	267	106
I. Herrschafts- und Pflichtdelikte	267	106
II. Die erfolgsbezogene Verletzung der tatbestandspezifischen Pflicht als Täterkriterium	271	107
III. Das Problem des qualifikationslosen dolosen Werkzeugs	275	108
IV. Die gegen die Annahme von Pflichtdelikten vorgebrachten Einwände	281	111
E. Eigenhändige Delikte	288	114
I. Die Wortlauttheorie	289	114
II. Die Körperbewegungstheorie	291	115
III. Die eigene Meinung	297	117
1. Verhaltensgebundene Delikte	297	117
2. Täterstrafrechtliche Delikte	301	119
3. Höchstpersönliche Pflichtdelikte	303	119
IV. Zur jüngsten Diskussion über die Eigenhändigkeit	308	121

	[Rn]	[Seite]
§ 26. Teilnahme		123
A. Grundfragen der Teilnahmelehre	1	127
I. Der Begriff der Teilnahme im deutschen Strafrecht	1	127
1. Die Akzessorietät der Teilnahme	2	128
2. Die limitierte Akzessorietät	4	128
3. Das Erfordernis der vorsätzlichen Haupttat	6	129
4. Das Erfordernis des selbständigen Rechtsgutsangriffs	8	129
5. Die Teilnahme als „sekundärer“ Begriff	10	130
II. Der Strafgrund der Teilnahme	11	130
1. Die Teilnahme als akzessorischer Rechtsgutsangriff	11	130
2. Die reine Verursachungstheorie	12	131
3. Die Schuld- bzw. Unrechtsteilnahmetheorie	16	133
4. Die Solidarisierung mit fremdem Unrecht als Strafgrund der Teilnahme	22	134
5. Die akzessorietätsorientierte Verursachungstheorie	26	136
III. Die limitierte Akzessorietät	32	138
IV. Das Erfordernis vorsätzlicher Haupttat	35	139
V. Die notwendige Teilnahme	41	141
1. Die aus dem Strafgrund der Teilnahme folgende Strafflosigkeit notwendig Beteiligter	44	142
a) Der notwendig Beteiligte ist Träger des tatbestandlich geschützten Rechtsguts	44	142
b) Der notwendig Beteiligte befindet sich in notstandsähnlicher Lage	46	143
2. Die tatbestandsnotwendige Mindestmitwirkung	50	145
3. Die Beteiligung an notwendiger Beteiligung	56	147
B. Anstiftung	57	148
I. Übersicht	57	148
1. Die Bestimmung zur Tat (Rn. 65–73)	58	148
2. Die Bestimmung durch Aufforderung (Rn. 74–89)	59	148
3. Der Begriff der Tat (Rn. 90–129)	60	148
4. Der Anstiftervorsatz (Rn. 130–166)	61	148
5. Sonderformen der Anstiftung (Rn. 167–178)	62	149
6. Die Strafe der Anstiftung (Rn. 179–182)	63	149
II. Die Bestimmung zur Tat	65	149
1. Die eigene Meinung	65	149
2. Ähnliche und abweichende Ansichten	71	151
III. Die Notwendigkeit auffordernden Bestimmens	74	153
IV. Die Tat als Gegenstand der Anstiftung	90	158
1. Die Umstiftung	91	158
a) Der Täterwechsel	92	159
b) Der Tatbestandswechsel	93	159
c) Der Wechsel des Tatobjekts	95	159
d) Der Wechsel des Tatmotivs	99	161
e) Der Wechsel von Tatmodalitäten	100	161
2. Die Übersteigerung	102	161
3. Der Exzeß des Täters	109	164
a) Der vorsätzliche Exzeß	109	164
b) Der unvorsätzliche Exzeß	116	167
aa) Die Annahme einer versuchten Anstiftung	119	167
bb) Die Annahme einer Anstiftung zum Versuch	122	168
cc) Die Annahme einer Anstiftung zur vollendeten Tat	123	169
dd) Differenzierende Lösungen	127	170

Inhalt

	[R.n]	[Seite]
V. Der Anstiftervorsatz	130	172
1. Der auf den Tatentschluß gerichtete Vorsatz	130	172
2. Der auf die Tat gerichtete Vorsatz	132	172
a) Die Bestimmtheit des Anstiftervorsatzes	133	173
b) Die Rechtsgutsverletzung als Gegenstand des Vorsatzes	150	179
aa) Abstrakte Gefährungsdelikte	157	182
bb) Tatbestandlich verselbständigte Vorbereitungsdelikte und Unternehmensdelikte	158	183
cc) Tatbestände mit rechtsgutsbezogenen Absichtsmerkmalen	161	184
VI. Sonderformen der Anstiftung	167	186
1. Die Anstiftung bei erfolgsqualifizierten Delikten	167	186
2. Die Anstiftung zu Pflichtdelikten und eigenhändigen Delikten	168	187
3. Die Anstiftung zu Unterlassungsdelikten	170	187
4. Einheit und Mehrheit bei der Anstiftung	172	188
5. Täterschaft und Teilnahme bei der Anstiftung	173	188
a) Mittäterschaftliche Anstiftung	173	189
b) Anstiftung in mittelbarer Täterschaft	175	189
c) Kettenanstiftung	176	190
d) Beihilfe zur Anstiftung und Anstiftung zur Beihilfe	178	190
VII. Die Strafe des Anstifters	179	191
C. Die Beihilfe	183	192
I. Die Kausalität der Beihilfe	184	192
1. Die eigene Meinung	184	192
2. Die Förderungsformel der Rechtsprechung	186	193
3. Die Beihilfe als Gefährungsdelikte	191	195
4. Die Beihilfe als Solidarisierung	194	196
5. Die psychische Beihilfe	197	198
II. Die Beihilfe als kausale Risikosteigerung	210	203
III. Die Beihilfe als rechtlich mißbilligte kausale Risikosteigerung. Zur Strafbarkeit von „Alltagshandlungen“	218	206
1. Der Beitragende kennt den Deliktentschluß des Täters	221	207
2. Der Beitragende rechnet lediglich mit einem deliktischen Verhalten des Täters	241	214
3. Die Rechtsprechung	247	216
IV. Der Zeitpunkt der Beihilfe	255	219
V. Der Vorsatz des Gehilfen. Der Täterexzeß	267	223
VI. Sonderformen der Beihilfe	284	230
VII. Die Strafe des Gehilfen	287	231
§ 27. Besondere persönliche Merkmale. Akzessorietätslockerung und Vertreterhaftung		232
A. Die Akzessorietätsregelung der §§ 28, 29	1	234
I. Der Sinn der gesetzlichen Anordnung	1	234
II. Das Verhältnis der §§ 28, 29 zueinander	5	235
III. § 28 und der Strafgrund der Teilnahme	16	238
IV. Was sind „besondere persönliche Merkmale“?	23	241
1. Persönliche Merkmale	23	241
a) Der Begriff des Merkmals	23	241
b) Die Abgrenzung von den sachlichen Merkmalen	24	242
2. Besondere persönliche Merkmale	27	243
a) Die Unterscheidung zwischen tat- und täterbezogenen Merkmalen	28	243

	[Rn]	[Seite]
b) Besondere persönliche Merkmale als nicht rechtsguts- bezogene Merkmale	34	246
c) Die Einheitslösung Schönemanns	41	249
d) Herzbergs Lehre vom Ausschluß lediglich deliktstypisierender Merkmale aus dem Anwendungsbereich des § 28	47	251
e) Die eigene Meinung: strafbarkeitsrelevante Merkmale jenseits des Unrechts und qualifizierte Pflichtmerkmale als besondere persönliche Merkmale	51	252
f) Die Abgrenzung im einzelnen	63	256
aa) Strafbegründende besondere persönliche Merkmale nach § 28 I	64	256
bb) Strafschärfende, strafmildernde und strafausschließende Merkmale nach § 28 II	74	260
V. Die Anwendung des § 28 in Sonderfällen	79	262
1. § 28 bei der versuchten Anstiftung	79	262
2. Anwendbarkeit der §§ 28, 29 auf die Teilnahme am erfolgsqualifizierten Delikt?	80	262
VI. Die Strafe nach § 28	81	263
B. Die Organ- und Vertreterhaftung des § 14	84	264
I. Zweck und Hintergrund der Vorschrift	84	264
II. Zur rechtspolitischen Würdigung des § 14	92	266
1. § 14 und „faktische Betrachtungsweise“	93	266
2. § 14 und die Vertreterhaftung nach Abs. 2	94	267
3. § 14 und der Rechtsgrund seiner Strafbarkeitsausdehnung	96	268
4. § 14 und der Begriff der besonderen persönlichen Merkmale.	97	268
III. § 14 als Ausdruck der Pflichtenübernahme	98	269
IV. Die Strafbarkeit des Handelns für einen anderen als Ergebnis einer von § 14 unabhängigen Tatbestandsauslegung	105	272
V. Zur Heranziehbarkeit des § 14 im einzelnen.	113	275
VI. Vertreter nach § 14 I.	115	276
1. Organe und Organmitglieder nach § 14 I Nr. 1	115	276
2. Vertretungsberechtigte Gesellschafter nach § 14 I Nr. 2	117	276
3. Gesetzliche Vertreter nach § 14 I Nr. 3	121	277
4. Das Handeln „als“ Organ, Gesellschafter, Vertreter	122	278
a) Das Handeln für den Vertretenen	122	278
b) Das Handeln „als“ Organ usw. beim Unterlassen mehrerer	124	278
VII. Beauftragte nach § 14 II	126	279
1. Der Auftrag zur Leitung oder Teilleitung eines Betriebes oder Unternehmens	127	279
2. Die ausdrückliche Beauftragung zur eigenverantwortlichen Wahrnehmung betrieblicher Aufgaben.	132	281
3. Das auftragsgemäße Handeln für eine Stelle, die Aufgaben der öffentlichen Verwaltung wahrnimmt.	135	282
4. Das Handeln „auf Grund des Auftrages“	136	283
VIII. Die bestehenbleibende Verantwortlichkeit des Vertretenen, des Betriebsinhabers oder des Stellenleiters	137	283
IX. Faktische Vertretungsverhältnisse	139	284
§ 28. Vorstufen der Beteiligung		285
I. Die systematische Stellung des § 30	1	285
II. Zum gesetzgeberischen Zweck und zur rechtspolitischen Würdigung der Vorschrift	5	287

	[R.n]	[Seite]
III. Die versuchte Anstiftung (§ 30 I)	9	289
1. Erscheinungsformen der versuchten Anstiftung	9	289
2. Die objektiven Voraussetzungen der versuchten Anstiftung	10	290
3. Die subjektiven Voraussetzungen versuchter Anstiftung	14	293
a) Die „Ernstlichkeit“ des Anstiftungsversuchs.	15	293
b) Die Abgrenzung von versuchter Anstiftung und versuchter (bzw. vorbereiteter) mittelbarer Täterschaft	19	294
c) Bestimmtheit des Anstiftervorsatzes, Umstiftung, Übersteige- rung und Täterexzeß	20	295
d) Der untaugliche Versuch der Anstiftung	22	295
e) Der Irrtum beim Anstiftungsversuch	24	296
4. Verbrechensqualität und besondere persönliche Merkmale	25	296
5. Teilnahmefragen bei § 30 I	31	299
a) Die versuchte Kettenanstiftung	31	299
b) Die Anstiftung zur versuchten Anstiftung	32	299
c) Die Beihilfe zu einer nach § 30 I strafbaren versuchten Anstiftung	33	300
d) Anstiftung und Beihilfe zur versuchten Beihilfe.	36	301
6. Konkurrenzen	37	301
IV. Die Verabredung (§ 30 II)	43	303
1. Die Willenseinigung der Beteiligten	43	303
2. Die Scheinbeteiligung	47	304
3. Willensmängel bei der Verabredung	52	306
4. Die Konkretisierungserfordernisse bei der Verabredung	56	307
5. Die untaugliche Verabredung	58	308
6. Die alternative Verabredung	59	308
7. Die Verabredung als Vorstufe der Mittäterschaft	60	309
8. Verabredung und besondere persönliche Merkmale.	62	310
9. Teilnahme an der Verbrechensverabredung	66	311
10. Die versuchte Verabredung	68	311
11. Konkurrenzprobleme bei der Verabredung	69	311
a) Die Subsidiarität im Verhältnis zur versuchten und vollendeten Tat	69	311
b) Das Verhältnis des § 30 II zu anderen Vorstufen der Beteiligung	71	312
12. Die Strafrahmenwahl bei § 30 II	72	313
V. Das Sich-bereit-Erklären	74	313
1. Die beiden Erscheinungsformen des Sich-bereit-Erklärens	74	313
2. Die Annahme einer Aufforderung.	76	314
3. Das Sich-Erbieten	78	315
a) Das echte Sich-Erbieten als versuchte Kettenanstiftung	78	315
b) Das unechte Sich-Erbieten	79	315
c) Muß die Bereiterklärung in Gestalt des echten Sich-Erbietens dem Empfänger zugehen?	80	316
d) Konkurrenzprobleme beim Sich-Erbieten.	81	316
VI. Die Annahme eines Erbietens (§ 30 II)	82	317
1. Die Annahme des Erbietens als versuchte Anstiftung.	82	317
2. Die Annahme eines Erbietens als versuchte psychische Beihilfe?	83	317
3. Ist auch die Annahme eines nicht ernst gemeinten Erbietens strafbar?	85	318
4. Konkurrenz- und Irrtumsprobleme bei der Annahme eines Erbietens	87	319
VII. Der Rücktritt von der versuchten Beteiligung (§ 31)	88	319
1. Zuordnung und Anwendungsbereich der Vorschrift	88	319
2. Der Rücktritt von der versuchten Anstiftung (§ 31 I Nr. 1)	90	320

	[R.n]	[Seite]
a) Die drei Fälle des „Aufhörens“ beim Anstiftungsversuch	90	320
b) Setzt die „Gefahr, daß der andere die Tat begeht“, dessen Tatentschluß voraus?	93	320
c) Ist die „Gefahr, daß der andere die Tat begeht“, objektiv oder subjektiv zu bestimmen?	94	321
d) Muß die abzuwendende Gefahr vom Anstifter selbst verursacht worden sein?	96	322
e) Die Beschränkung des § 31 I auf Vorbereitungshandlungen	97	323
3. Der Rücktritt von der Bereiterklärung (§ 31 I Nr. 2)	98	324
4. Der Rücktritt von der Verabredung (§ 31 I Nr. 3)	101	325
a) Die Notwendigkeit der Tatverhinderung	101	325
b) Formen der Tatverhinderung	102	325
c) Ausführung der Tat trotz vermeintlicher Verhinderung	103	325
d) Die Ausführung der Tat in anderer Form oder mit anderen Komplizen	104	326
5. Der Rücktritt von der Annahme eines Erbietens (§ 31 Nr. 3)	106	327
6. Das freiwillige und ernsthafte Bemühen (§ 31 II)	107	327
a) Die zwei Varianten des § 31 II.	107	327
b) Das freiwillige und ernsthafte Bemühen	110	328

9. Abschnitt – Die Lehre vom Versuch

§ 29. Der Versuch	330
A. Definition und Strafgrund des Versuchs	1 333
I. Der Begriff des Versuchs	1 333
II. Der Strafgrund des Versuchs	9 335
1. Der Versuch als tatbestandsnahe Gefährdung oder tatbestandsnaher, rechtsschütternder Normbruch (Vereinigungstheorie)	10 335
2. Die objektiven Versuchstheorien	25 340
3. Die subjektive Versuchstheorie	32 342
4. Die Eindruckstheorie	46 346
5. Neuere Bemühungen um eine Einschränkung der Versuchsstrafbarkeit	51 348
B. Der Tatentschluß	59 350
I. Der Tatentschluß als subjektiver Deliktstatbestand	59 350
II: Unbedingter und bedingter Tatentschluß	81 355
C. Vorbereitung und Versuch	97 360
I. Der Beginn der Ausführung beim unbeeendeten Versuch des unmittelbar handelnden Einzeltäters	99 361
1. Keine Möglichkeit der Ableitung aus den Theorien zum Strafgrund des Versuchs	99 361
2. Die Tatbestandsnähe als leitender Gesichtspunkt für den Versuchsbeginn	102 362
3. Die Versuchsbestimmung als Frage der Tatbestandsauslegung?	104 362
4. Die Teilverwirklichung des Tatbestandes als sicheres Versuchskriterium?	110 364
5. Abgrenzungsformeln	121 368
6. Kritik der Abgrenzungsformeln	129 371
7. Die konkretisierte Teilaktstheorie	139 374
8. Schwierige Fallgruppen	145 377
a) Die Annäherungsfälle	145 377
b) Die Auflauerungs- und Erwartungsfälle	155 380
c) Die Probier- und Überprüfungsfälle	160 382
d) Die Schutzminderungsfälle	162 383

Inhalt

	[Rn]	[Seite]
e) Die Mißbrauchsfälle	166	385
f) Qualifikationen und Regelbeispiele	170	386
9. Typische Vorbereitungshandlungen	173	387
a) Verschaffen und Besitz von Tatwaffen und -werkzeugen sowie die Herstellung entscheidender Tatvoraussetzungen	174	388
b) Das Aufsuchen des Tatortes und der (noch) unauffällige Aufenthalt dort	177	389
c) Das Auskundschaften und Schaffen von Tatgelegenheiten	179	389
10. Weitere Gesichtspunkte in der neueren Literatur	180	390
a) Die Ganzheitstheorie Schmidhäusers	180	390
b) Die Unzweideutigkeitstheorie Jürgen Meyers	182	390
c) Die Optimierung des Rechtsgüterschutzes bei Kratzsch	184	391
d) Das „In-den-Griff-Bekommen“ des angegriffenen Rechtsguts bei Zaczyk	186	392
e) Das rolleninadäquate Risiko bei Vehling	188	393
II. Der Beginn der Ausführung beim beendeten Versuch des unmittelbar handelnden Einzeltäters	192	395
1. Die widerstreitenden Auffassungen	192	395
a) Der Eintritt des Opfers in den Wirkungskreis des Tatmittels als Beginn des Versuchs	193	395
b) Die Beendigung der Täterhandlung als Beginn des Versuchs	194	396
c) „Entlassung aus dem eigenen Herrschaftsbereich“ und „unmittelbare Gefährdung“ als alternative Kriterien zur Bestimmung des Versuchs	195	397
2. Zur näheren Begründung der Alternativ-Formel	196	397
a) Auseinandersetzung mit der Lehre vom Eintritt des Opfers in den Wirkungskreis des Tatmittels als dem maßgebenden Zeitpunkt	196	397
b) Auseinandersetzung mit der Lehre vom Abschluß der Täterhandlung als dem maßgebenden Zeitpunkt	205	400
3. Zur Rechtsprechung des BGH	212	402
III. Der Beginn der Ausführung beim Versuch des mittelbaren Täters	226	406
1. Die widerstreitenden Auffassungen	226	406
a) Das Ansetzen des Tatmittlers als Beginn des Versuchs (Gesamtlösung)	228	406
b) Die Einwirkung auf den Tatmittler als Beginn des Versuchs (Einwirkungstheorie, Einzellösung)	229	407
c) Die „Entlassung des Geschehens aus dem Herrschaftsbereich des mittelbaren Täters“ als Kriterium für den Beginn des Versuchs (modifizierte Einzellösung)	230	407
d) Die unterschiedliche Festsetzung des Versuchsbeginns bei nicht-dolosem und dolosem Tatmittler (Differenzierungstheorie)	231	408
e) Der Rückgriff auf die für den unbeendeten Versuch geltenden Regeln (allgemeine Theorie)	232	408
f) Zur Entwicklung der Rechtsprechung	234	409
aa) Das RG	235	410
bb) Der BGH	238	411
2. Zur Begründung der modifizierten Einzellösung	244	413
a) Die Entlassung aus dem Herrschaftsbereich des mittelbaren Täters als maßgebliches Abgrenzungskriterium	244	413
b) Zur Gesamtlösung	247	414
c) Zur Einzellösung	257	417
d) Zur Differenzierungstheorie	258	418
e) Zur allgemeinen Theorie	260	418
IV. Der Beginn der Ausführung beim Versuch der Unterlassungstat	266	420

	[Rn]	[Seite]
1. Unechte Unterlassungsdelikte	266	420
a) Die Entlassung aus dem Herrschaftsbereich des Unterlassenden und die unmittelbare Gefährdung als alternative Kriterien zur Bestimmung des Versuchs	271	422
b) Die Theorie des erstmöglichen Eingriffs	280	425
c) Die Theorie des letztmöglichen Eingriffs	284	426
d) Das alleinige Abstellen auf die unmittelbare Gefährdung	286	427
e) Zur Abgrenzung in der Rechtsprechung	288	427
2. Echte Unterlassungsdelikte	292	428
V. Der Beginn der Ausführung beim Versuch des Mittäters	295	429
1. Die Gesamtlösung	295	429
2. Die Vorzugswürdigkeit der Einzellösung	297	430
a) Argumente aus der Teilnahmelehre	299	431
b) Argumente aus der Versuchslehre	303	432
c) Zur Lehre von der Tätigkeitsanrechnung und zum Zufalls- argument	306	433
d) Die Problematik des untauglichen Versuchs bei der Mittäter- schaft	308	434
e) Zur Notwendigkeit, die Mittäterschaft auf Ausführungshand- lungen zu beschränken	315	436
D. Sonderfälle des Versuchs	318	437
I. Der Versuch beim erfolgsqualifizierten Delikt	318	437
1. Zwei verschiedene Konstellationen	318	437
2. Die versuchte Erfolgsqualifizierung	319	437
3. Der erfolgsqualifizierte Versuch	322	439
II. Der Versuch bei Vorbereitungen und Unternehmensdelikten	339	443
1. Der Versuch bei Vorbereitungshandlungen	340	444
a) Die unselbständigen Vorbereitungshandlungen	342	444
b) Die selbständigen Vorbereitungshandlungen	343	444
2. Versuch bei Unternehmensdelikten	345	445
E. Untauglicher Versuch und Wahndelikt	346	445
I. Die Erscheinungsformen des untauglichen Versuchs	347	446
1. Der Versuch am untauglichen Objekt	347	446
2. Der Versuch mit untauglichen Mitteln	348	446
3. Der Versuch mit untauglichen Mitteln am untauglichen Objekt	349	446
4. Der Versuch eines untauglichen Subjektes	350	447
a) Der unstrittige Bereich	351	447
b) Der umstrittene Bereich	354	448
II. Der Versuch aus grobem Unverstand	363	452
III. Der abergläubische Versuch	371	455
IV. Der untaugliche Unterlassungsversuch	376	457
V. Die Abgrenzung von untauglichem Versuch und Wahndelikt	378	458
1. Der einfache Grundgedanke und der schwierige Grenzbereich	378	458
2. Der unstrittige Bereich	380	458
a) Sachverhaltsirrtümer führen (fast) nie zum Wahndelikt	380	458
b) Die Annahme nicht existierender Tatbestände als Wahndelikt	381	459
c) Die Verkennung von Rechtfertigungsgründen und anderen Bestrafungshindernissen als Wahndelikt	382	459
d) Die Überdehnung von Tatbestandsbegriffen als Wahndelikt	383	460
3. Der strittige Bereich: Selbstbelastende Irrtümer im Vorfeld des Tatbestandes	388	461
a) Die Fallkonstellationen	388	461
aa) Fremdheit	389	461

	[R.n]	[Seite]
bb) Vermögensschaden	390	462
cc) Zuständigkeit	391	462
dd) Die Vortat bei der Strafvereitelung	392	462
ee) Die Steuerpflicht	393	463
b) Die Lehre von der versuchsbegründenden Wirkung des Vorfelddirrtums	394	463
c) Die Lehre von der Strafflosigkeit aller selbstbelastenden Rechtsirrtümer	398	465
d) Die Lehre vom Umkehrschluß	401	466
e) Die zutreffende differenzierende Lösung	409	469
f) Zur Rechtsprechung im Bereich der Vorfelddirrtümer	416	471
§ 30. Der Rücktritt vom Versuch		474
A. Ratio und systematische Stellung des strafbefreienden Rücktritts	1	477
I. Der rechtliche Grund der Strafbefreiung	1	477
1. Gesetzliche Regelung und Problemstellung	1	477
2. Die Strafzwecktheorie	4	478
3. Die Rechtstheorien	11	481
4. Die Lehre von der goldenen Brücke	14	482
5. Die Gnaden- oder Prämientheorie	22	485
6. Die Schuldertüchtigkeitstheorie	25	486
II. Die systematische Stellung des strafbefreienden Rücktritts	29	487
B. Rücktrittsunfähigkeit und Rücktritt	33	489
I. Die Grundkonzeption des Rücktritts	33	489
II. Der zielreichende Versuch als Fall der Rücktrittsunfähigkeit	47	493
1. Die maßgeblichen Entscheidungen der Rechtsprechung	48	494
a) BGH, 1. Senat, NJW 1984, 1693	48	494
b) BGH, 1. Senat, NStZ 1989, 317	49	494
c) BGH, 1. Senat, NStZ 1990, 30	50	494
d) BGH, 2. Senat, NStZ 1990, 77	51	494
e) BGH, 5. Senat, NJW 1991, 1189	52	495
f) BGH, 1. Senat, NStZ 1993, 280 (Vorlagebeschluß); BGH, Großer Senat, BGHSt 39, 221	53	495
g) BGH, 5. Senat, NStZ 1994, 493	54	495
2. Das Fehlen eines Rücktritts in allen Fällen der Zielerreichung	58	496
3. Die Gegenargumente und ihre Widerlegung	66	498
III. Der fehlgeschlagene Versuch als Fall der Rücktrittsunfähigkeit	77	502
1. Begriff und teleologische Grundlage des fehlgeschlagenen Versuchs	77	502
2. Die Abgrenzung von fehlgeschlagenem und untauglichem Versuch	82	504
3. Zur Entwicklung und zum heutigen Stand der Lehre vom fehlgeschlagenen Versuch	83	504
4. Die Fallgruppen des fehlgeschlagenen Versuchs	85	505
a) Die Tatbestandserfüllung ist unmöglich	85	505
b) Die Identität des Handlungsobjekts entspricht nicht dem Tatplan	94	508
c) Das Tatobjekt bleibt hinter den Erwartungen des Täters zurück	101	510
d) Kein Fehlschlag beim Abweichen von Tatmodalitäten, beim Wegfall von Motiven und bei wiederholbarer Ausführungs- handlung	108	514
aa) Die Tatmodalitäten weichen vom Tatplan ab	109	514
bb) Der Wegfall von Motiven	111	516
cc) Die wiederholbare Ausführungshandlung	112	516
IV. Der objektiv und subjektiv zurechenbare Erfolgseintritt als Fall der Rücktrittsunfähigkeit	113	516

	[Rn]	[Seite]
1. Das Erfolgsrisiko vor Versuchsbeendigung	115	517
2. Das Erfolgsrisiko nach Versuchsbeendigung	125	519
3. Das Erfolgsrisiko beim unechten Unterlassungsdelikt	136	522
a) Die Meinungen in der Literatur	136	522
b) Die Rspr. zum Rücktritt vom Unterlassungsversuch	145	524
V. Die Aufgabe als Rücktritt vom unbeendeten Versuch	152	526
1. Das Aufgeben	152	526
2. Die Abgrenzung von unbeendetem und beendetem Versuch	163	530
3. Der Rücktritt bei noch nicht gelungener, aber mit Aussicht auf Erfolg wiederholbarer Ausführungshandlung	175	534
a) Die Tatplantheorie	177	534
b) Die Einzelaktstheorie	178	535
c) Die Gesamtbetrachtungslehre	180	535
d) Vermittelnde Lösungen	184	537
e) Die modifizierte Gesamtbetrachtungslehre als vorzugswürdige Lösung	187	538
aa) Die Begründung der eigenen Konzeption	187	538
bb) Auseinandersetzung mit den abweichenden Auffassungen	201	542
VI. Die Verhinderung der Vollendung als Rücktritt vom beendeten Versuch	211	545
1. Einführung	211	545
2. Das Verhindern in der neueren Rechtsprechung	221	548
a) Die Chanceneröffnungstheorie	221	548
b) Die Bestleistungstheorie	229	550
3. Argumente für die Chanceneröffnungstheorie	233	552
a) Das Wortlautargument	234	552
b) Das Opferschutzargument	235	552
c) Das Argument aus der objektiven Zurechnung	236	553
4. Argumente für die Bestleistungstheorie	237	553
a) Das dolus-eventualis-Argument	237	553
b) Das Beispiel des untauglichen Versuchs	241	554
c) Das Unterlassungsargument	242	554
5. Die Differenzierungstheorie als angemessenste Lösung	243	555
a) Eigenhändige Erfolgsverhinderung	243	555
b) Fremdhändige Erfolgsverhinderung	246	556
c) Fallgruppen der fremdhändigen Erfolgsverhinderung	251	557
VII. Das freiwillige und ernsthafte Bemühen beim nichtkausalen Rücktritt	265	561
1. Ratio und Entstehung der Vorschrift	265	561
2. Das Bemühen	267	562
3. Die Ernstlichkeit des Bemühens	275	565
4. Der Rücktritt bei nicht zurechenbarem Erfolgseintritt	284	568
VIII. Der Rücktritt vom erfolgsqualifizierten Delikt	285	569
1. Rspr. und h.L.: ein Rücktritt ist möglich	285	569
2. Die Mindermeinung: ein Rücktritt ist ausgeschlossen	288	570
3. Die Vorzugswürdigkeit der Mindermeinung	289	571
4. Die praktische Bedeutung der Problemkonstellation	294	572
IX. Der Teilrücktritt	295	573
X. Der Rücktritt bei Beteiligung mehrerer	301	575
1. Überblick	301	575
2. Die von § 24 II betroffenen Personen	305	576
3. Der „Rücktritt“ im Vorbereitungsstadium	309	577
4. Kein Rücktritt, wenn ein Beteiligungsbeitrag bis ins Vollendungsstadium weiterwirkt	314	579

Inhalt

	[R.n]	[Seite]
5. Die Möglichkeiten strafbefreienden Rücktritts	331	584
a) Zur Strafverschärfung des geltenden Rechts	331	584
b) Die Verhinderung	337	585
c) Das freiwillige und ernsthafte Bemühen	338	585
6. Strafbefreiender Rücktritt bei Durchführung einer anderen Tat	345	587
C. Die Freiwilligkeit des Rücktritts	354	590
I. Psychologische und normative Theorien	354	590
II. Die Unhaltbarkeit des psychologischen Ansatzes	365	594
1. Die Unvereinbarkeit der psychologischen Theorie mit der ratio des Rücktrittsprivilegs	366	594
2. Die Undurchführbarkeit der psychologischen Theorie	368	595
III. Zur Begründung der normativen Freiwilligkeitskonzeption	379	598
1. Die Rückkehr in die Bahnen des Rechts durch planwidrige Tataufgabe oder Erfolgsverhinderung	379	598
2. Fallgruppen freiwilligen Rücktritts	387	602
a) Der Täter tritt aus inneren Gründen zurück	387	602
b) Der Täter wird durch äußere Umstände zum Rücktritt ver- anlaßt, die das Risiko des Mißlingens oder nachträglicher Bestrafung nicht oder nur unbedeutend erhöhen	389	603
3. Fallgruppen unfreiwilligen Rücktritts	393	604
a) Die durch eine Veränderung der äußeren Umstände begründete Furcht, die Vollendung könnte verhindert werden	393	604
b) Die durch eine Veränderung der äußeren Umstände begründete Furcht, nach der Tatvollendung festgenommen und bestraft zu werden oder der Beute verlustig zu gehen	395	605
c) Der Täter tritt wegen anderer Erschwerungen zurück	398	606
d) Der Täter tritt wegen unerwartet drohender Nebenfolgen zurück	399	606
e) Der Täter tritt zurück, weil sein Tatmotiv wegfällt	403	608
4. Der Wortlaut-Einwand	406	609
5. Der Einwand des Versagens der Strafzwecklehre beim Vorbehalt oder bei der Absicht späterer Wiederholung	413	611
6. Der Einwand des Versagens der Strafzwecklehre beim Deliktwechsel	416	613
7. Tat und Tatplan in der Rücktrittslehre	421	614
IV. Andere Ansichten zur Freiwilligkeit	431	618
1. Die Franksche Formel	431	618
2. Die Unterscheidung zwischen autonomen und heteronomen Motiven	433	618
3. Schmidhäusers Interessenkriterium	435	619
4. Herzbergs Anlehnung an das Zivilrecht	437	620
5. Jägers Anlehnung an die mittelbare Täterschaft	442	622

10. Abschnitt – Die Unterlassungstat

§ 31. Das Unterlassungsdelikt im allgemeinen und seine Abweichungen vom Begehungsdelikt	625	
I. Einleitung	1	627
II. Das Unterlassen	5	628
1. Die Handlungserwartung	6	629
2. Die individuelle Handlungsfähigkeit	8	629
III. Echtes und unechtes Unterlassen	16	632
1. Die grundsätzliche Unterscheidung	16	632
2. Die „Begehungsgleichheit“ als Abschichtungskriterium	17	633

	[Rn]	[Seite]
3. Nichtvornahme einer Handlung und Nichtabwendung des Erfolges als Merkmale echten und unechten Unterlassens	21	634
4. Geschriebene und ungeschriebene Unterlassungstatbestände als Kriterien der Echtheit und Unechtheit.	24	635
5. Der Verstoß gegen eine Verbots- oder eine Gebotsnorm als Unterscheidungskriterium	27	636
6. Die praktische Bedeutung der Unterscheidung	28	636
IV. Unterlassung und nullum crimen sine lege	31	637
V. Die Kausalität beim Unterlassen	37	639
1. Gibt es eine Kausalität des Unterlassens?	37	639
a) Unterlassen als Wirkkraft?	37	639
b) Unterlassen als gesetzmäßige Bedingung	39	639
2. Die Feststellung der Unterlassungskausalität in der Rechtsprechung	44	641
3. Genügt es schon für die Zurechnung des Erfolges, daß das gebotene Handeln das Risiko des Erfolgseintritts vermindert hätte?	46	642
a) Die Rechtsprechung	46	642
b) Der Diskussionsstand in der Literatur.	51	644
c) Die differenzierende Lösung	54	645
4. Die Kausalität des Unterlassens, wenn das gebotene Handeln nur über das freie und verantwortliche Verhalten eines Dritten zur Erfolgsabwendung geführt hätte	64	648
5. Die Unterlassungskausalität bei Kollegialentscheidungen	65	649
VI. Die Abgrenzung von Begehung und Unterlassung	69	651
1. Notwendigkeit und Bedeutung der Abgrenzung	69	651
2. Die Abgrenzung bei zweideutigen Verhaltensformen.	73	652
3. Die Bedeutungslosigkeit nichtkausalen Tuns für die Abgrenzung	88	657
4. Verhaltensformen mit fehlendem oder geringem Energieaufwand	92	658
5. Die Sukzession von Verhaltensformen	96	659
6. Unterlassen durch Tun	99	659
a) Die aktive Teilnahme am Unterlassungsdelikt	101	660
b) Die omisso libera in causa	103	660
c) Der abgebrochene Gebotserfüllungsversuch.	108	662
d) Der technische Behandlungsabbruch.	115	664
VII. Täterschaft und Beihilfe durch Unterlassen	124	667
1. Die Abgrenzung von Täterschaft und Beihilfe durch Unterlassen	125	667
a) Die Übertragung der für Begehungsdelikte geltenden Regeln auf das Unterlassen	125	667
aa) Die Rechtsprechung	125	667
bb) Die Untauglichkeit der von der Rechtsprechung verwendeten Kriterien	132	669
b) Die eigene Auffassung: Der Unterlassende ist immer Täter, wenn er die Gleichstellungskriterien und die sonstigen Tatbestandsvoraussetzungen erfüllt (Pflichtdeliktstheorie)	140	671
c) Die Theorie der Einheitsbeihilfe.	151	675
d) Die Unterscheidung nach der Art der Pflichtenstellung	158	677
e) Die Lösung mit Hilfe der Entsprechungsklausel.	166	679
f) Unterlassene Täterschwerung als Beihilfe	169	680
2. Mittäterschaft durch Unterlassen	171	681
3. Mittelbare Täterschaft durch Unterlassen?	175	682
VIII. Der Tatbestand bei den Unterlassungsdelikten	176	682
1. Der objektive Tatbestand.	176	682
a) Die tatbestandsmäßige Situation.	177	682
b) Das Ausbleiben der geforderten Handlung	179	683
c) Die individuelle Handlungsfähigkeit.	181	683

	[Rn]	[Seite]
d) Die objektive Zurechenbarkeit des Erfolges	182	683
e) Garantenstellung und Entsprechung	183	684
2. Der subjektive Tatbestand	184	684
a) Der Vorsatz	184	684
b) Die Absicht und sonstige subjektive Merkmale in den Tatbeständen des Besonderen Teils	194	688
c) Das fahrlässige Unterlassen	196	689
IX. Die Rechtswidrigkeit bei Unterlassungsdelikten	201	690
X. Die Schuld bei Unterlassungsdelikten	207	692
1. Der Verbotsirrtum bei Unterlassungen	209	692
2. Die Unzumutbarkeit bei Unterlassungen	211	693
a) Die Rechtsprechung des RG	211	693
b) Die Nachkriegsrechtsprechung	212	694
c) Die begrenzte Reichweite des Gedankens der Unzumutbarkeit	216	695
d) Die systematische Einordnung der Unzumutbarkeit	229	699
XI. Die Strafmilderungsmöglichkeit nach § 13 II.	236	702
§ 32. Die Gleichstellung des Unterlassens mit dem Begehen		707
A. Das Einstehenmüssen	1	710
I. Zur geschichtlichen Entwicklung	1	710
II. Die Ablehnung der formellen Rechtspflichttheorie	10	714
III. Der richtige Ansatz der Zuteilungslehre (vor allem der Konzeption Schönemanns)	17	716
IV. Die Herrschaft über die Hilflosigkeit des Rechtsgutes (Schutz- oder Obhutsgarantenstellung)	33	722
1. Familiäre oder familienähnliche Schutzbeziehungen	33	722
a) Das Verhältnis der Eltern zu ihren Kindern	33	722
b) Sonstige Verwandtschaftsverhältnisse	42	725
c) Ehe und eheähnliche Partnerschaften	45	726
2. Die Übernahme sonstiger Schutzfunktionen	53	729
3. Schutzpositionen auf Grund von Organstellungen und Amtsträgerpflichten	77	736
a) im Hinblick auf private und hoheitliche Rechte des Staates	77	736
b) insbesondere bei der Strafverfolgung	80	737
c) im Hinblick auf individuelle Personen, insbesondere im Verhältnis der Polizei zu straftatbedrohten Bürgern	85	738
d) im Hinblick auf Rechtsgüter der Allgemeinheit, exemplifiziert am Beispiel des Gewässerschutzes	99	743
V. Die Herrschaft über den Gefahrenherd (Überwachungs- oder Sicherungsgarantenstellung)	107	746
1. Die Pflicht zur Überwachung gefährlicher Sachen im eigenen Herrschaftsbereich	108	747
2. Die Pflicht zur Sicherung der Allgemeinheit vor rechtswidrigen Taten Dritter	125	753
a) Der Grundsatz der Selbstverantwortung	126	753
b) Die mangelnde oder eingeschränkte Verantwortlichkeit des zu Überwachenden	127	754
c) Auf Überordnungsverhältnissen beruhende Garantenstellungen im Hinblick auf das Handeln verantwortlicher Personen	133	755
3. Die Pflicht zur Erfolgsabwendung auf Grund vorangegangenen Tuns (Ingerenz)	143	759
a) Zur Möglichkeit einer Ingerenzgarantenstellung	143	759
b) Einschränkungen der Ingerenzgarantenstellung	155	764

	[Rn]	[Seite]
aa) Grundsatz: Die Vorhandlung muß dem Verursacher objektiv zurechenbar sein	155	764
bb) Keine Garantenstellung, wenn die Vorhandlung sich innerhalb des erlaubten Risikos hält.	160	766
cc) Keine Garantenstellung, wenn die durch die Vorhandlung heraufbeschworene Gefahr im alleinigen Verantwortungsbereich des Gefährdeten liegt	175	771
dd) Keine Garantenstellung, wenn die Gefahrschaffung durch Notwehr gerechtfertigt ist :	181	773
ee) Bejahung einer Garantenstellung, wenn die Vorhandlung durch Notstand gerechtfertigt ist.	186	775
ff) Bejahung der Garantenstellung, wenn bei einer gerechtfertigten Vorhandlung mit Dauerwirkung die Rechtfertigungsvoraussetzungen nachträglich wegfallen	189	776
gg) Vorangegangenes garantenpflichtwidriges Unterlassen	190	776
hh) Begründen auf den Erfolg gerichtete Vorsatztaten eine Garantenpflicht zur Abwendung des Erfolges?	191	776
VI. Die strafrechtliche Produktverantwortung	195	778
1. Garantenstellungen aus-vorangegangenem Tun?	198	778
2. Garantenstellungen aus gesteigert riskantem Vorverhalten?	201	779
3. Garantenstellung aus Gesetz?	206	781
4. Garantenstellung aus Überwachungspflicht?	208	781
5. Garantenstellung aus Übernahme einer Schutzfunktion	210	782
6. Die innerbetriebliche Zuständigkeit für Rückruf und Warnung	217	784
B. Die Entsprechungsklausel	218	784
I. Zur gesetzgeberischen Entwicklung	218	784
II. Der gegenwärtige Meinungsstand	223	786
III. Keine Gesamtbewertung, keine Doppelfunktion der Entsprechungsklausel.	227	787
IV. Keine Notwendigkeit der Entsprechungsklausel zur Herstellung allgemeiner Modalitätenäquivalenz	230	789
V. Die Beschränkung der Entsprechungsklausel auf begehungsstäterbezogene Qualifikationsmerkmale	239	791

11. Abschnitt – Konkurrenzen

§ 33. Konkurrenzen		795
I. Einführung	1	797
II. Handlungseinheit und Handlungsmehrheit	10	799
1. Begriff und Erscheinungsformen der Handlungseinheit.	10	799
2. Die Handlung im natürlichen Sinne	17	801
3. Die tatbestandliche Handlungseinheit	19	801
4. Die natürliche Handlungseinheit	29	804
a) Die iterative Tatbestandsverwirklichung	32	805
b) Die sukzessive Tatbestandsverwirklichung	42	809
c) Handlungseinheit bei Verwirklichung verschiedenartiger Tatbestände?	50	811
5. Handlungseinheit und Handlungsmehrheit beim Unterlassen	61	815
6. Die Handlungseinheit bei fahrlässigen Delikten	67	817
III. Die Tateinheit (Idealkonkurrenz)	70	817
1. Die Grundstruktur der Idealkonkurrenz.	70	817
2. Die volle Identität der Ausführungshandlung	80	821
3. Die teilweise Identität der Ausführungshandlungen	82	821
4. Das Zusammentreffen von Zustands- und Dauerdelikten	93	825

Inhalt

	[Rn]
5. Die Klammerwirkung der dritten Straftat.	101
6. Die rechtliche Behandlung der Idealkonkurrenz.	109
IV. Die Tatmehrheit (Realkonkurrenz)	119
1. Was ist Realkonkurrenz?	119
2. Nach welchen Prinzipien wird die Strafe bei der Realkonkurrenz gebildet?	122
a) Asperations- und Kumulationsprinzip	122
b) Mehrere Freiheitsentziehungen	124
c) Mehrere Geldstrafen	128
d) Freiheits- und Geldstrafe bei verschiedenen Taten	131
e) Freiheits- und Geldstrafe bei derselben Tat	137
f) Freiheitsstrafe und Nebenstrafen, Nebenfolgen und Maßnahmen	139
3. Die Bildung der Gesamtstrafe	140
a) Die Auswerfung der Einzelstrafen	140
b) Die Ermittlung der Einsatzstrafe	142
c) Die Verschärfung nach dem Asperationsprinzip	143
4. Die nachträgliche Bildung der Gesamtstrafe	156
a) Die Begehung vor der früheren Verurteilung	157
b) Die frühere Strafe darf noch nicht erledigt sein	163
c) Das frühere Urteil muß rechtskräftig sein	165
d) Die Bildung der nachträglichen Gesamtstrafe	166
e) Die nachträgliche Gesamtstrafenbildung durch Beschluß nach § 460 StPO	168
V. Die Gesetzeskonkurrenz (Gesetzeseinheit)	170
1. Was ist Gesetzeskonkurrenz?	170
2. Spezialität	177
a) Qualifizierte und privilegierte Tatbestände	180
b) Zusammengesetzte Tatbestände	186
c) Delikte mit qualifizierenden Tätermerkmalen	189
3. Subsidiarität	190
a) Formelle Subsidiarität	192
b) Materielle Subsidiarität	199
4. Konsumtion	213
a) Die typische Begleitatt	216
b) Die straflose Nachtat	219
5. Die rechtliche Behandlung der Gesetzeskonkurrenz	227
a) Das Wiederaufleben des verdrängten Gesetzes bei fehlender Bestrafungsmöglichkeit aus dem vorrangigen Tatbestand	229
b) Die Berücksichtigung der straflosen Nachtat bei der Strafzumessung	240
c) Die Berücksichtigung der Mindeststrafe des verdrängten Gesetzes	243
d) Die Möglichkeit einer strafbaren Mitwirkung an dem verdrängten Gesetz	246
e) Das verdrängte Gesetz kann Nebenstrafen, Nebenfolgen und Maßnahmen (§ 11 I Nr. 8) auslösen	247
VI. Die aufgegebene Konstruktion der fortgesetzten Handlung	248
1. Zur Behandlung der fortgesetzten Tat in der früheren Rechtsprechung und Literatur	248
2. Die Kritik an der fortgesetzten Handlung	256
3. Die Situation nach der Entscheidung des Großen Senats.	262
VII. Kollektivdelikte und Massenverbrechen	274
1. Das Kollektivdelikt (Sammelverbrechen)	275
2. Das Massendelikt	281
Sachverzeichnis	